

Es informiert Sie	Gudrun Limberg
Telefon (0202)	563 7220
Fax (0202)	563 8023
E-Mail	gudrun.limberg@stadt.wuppertal.de
Datum	08.07.2010

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf (SI/0184/10) am 06.07.2010

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Thomas Breyer , Herr Heinz-Walter Heinemann , Herr Michael Hornung , Herr Wolfgang Luchtenberg , Herr Lothar Nägelkrämer , Herr Kurt von Nolting ,

von der SPD-Fraktion

Herr Simon Geiß , Frau Ingrid Rode , Herr Harald Scheuermann-Giskes , Herr Axel Stuhldreiter ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Hohagen , Frau Susanne Sperling ,

von der FDP

Herr Klaus Brennecke ,

von der WfW

Herr Meinhard Mesenholl ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Alexander Schmidt , Frau Christa Stuhldreiter, Herr Kurt-Joachim Wolfgang ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Michael Walde ,

von der Presse

Herr Conrads, Frau Kasemann, Herr Schmidt, Herr Wohlers.

Nicht anwesend sind:

Herr Karl Heinz Pieper, Frau Stv. Dorothea Glauner, Herr Mathis Fitsch, Frau Rebekka Goldfisch.

Schriftführerin:
Gudrun Limberg

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Bericht aus dem Bezirksjugendrat

Der Bezirksbürgermeister berichtet, dass die WSW an einem Vorschlag bezüglich der Fahrzeiten der Linie 630 arbeiten würden.

2 Berichte und Mitteilungen

Der Bezirksbürgermeister berichtet, dass

- der Heimat- und Bürgerverein in der Staatsstraße im Bereich der beiden Gedenktafeln zwei Blumenkübel aufstellen werde,
- am 07.07.2010 die Veranstaltung für die Gründung der Fördervereins Ronsdorfer Bürgerbad stattfinde,
- die Holthäuser Sängerkirmes am vergangenen Wochenende voraussichtlich zum letzten mal stattgefunden habe. Er bittet den Heimat- und Bürgerverein nach Möglichkeiten zu suchen, diese Traditionsveranstaltung zu erhalten,
- Herr Uwe Temme, der Stellvertreter des Stellvertreters des Oberbürgermeisters, sich in einer der nächsten Sitzungen der BV vorstellen werde,
die Gefährdetenhilfe „Scheideweg“ Personen suche, die nach der Inbetriebnahme des Jugendgefängnisses entsprechende Hilfestellungen leisten würden,
- der Ronsdorfer Wochenmarkt ab sofort dienstags bis 18 Uhr geöffnet habe,
- dass es nach dem Bürgerfest im Ascheweg die eine oder andere Beschwerde gegeben habe. „Wir“ habe sich bereits im Vorfeld mit Polizei und Ordnungsamt in Verbindung gesetzt. Man könne sich nur bemühen, das Beste zu tun, auch wenn dies nicht immer gelinge,
- dass die WSW in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag zur Umbenennung der Haltestelle Dialysezentrum in der Staubenthaler Straße unterbreiten würden,
- ihm die Beschwerde eines Anwohners aus der Straße In der Krim vorliege. Es sei wünschenswert, wenn die WSW als Betreiber einer Baustelle künftig mehr Rücksicht nähmen,
- aufgrund der Anfrage der SPD-Fraktion zur Parksituation in Ronsdorf ein Ortstermin mit einem Vertreter von R 104 stattgefunden habe. Ein weiterer Termin werde folgen,
- nach wie vor der Verbleib der roten Telefonzelle nicht ermittelt werden konnte. Sie stehe nicht – wie vermutet – in der Erich-Fried-Gesamtschule. Frau Limberg wird gebeten, weiter zu recherchieren,
- nach Auskunft der Verwaltung mit einer baldigen Inbetriebnahme der stationären Geschwindigkeitsmessanlage in der Straße An der Blutfinke gerechnet werden könne.

Herr Hornung berichtet, dass ihm ein Schreiben eines Ronsdorfer Bürgers vorliege, der sich über die Zustände beim Bürgerfest im Ascheweg beklagt habe. Er schlage vor, diese Schreiben an „Wir“ als Veranstalter mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

Die Bezirksvertretung Ronsdorf ist damit einverstanden.

**3 Sachstandsbericht der Verwaltung zum Neubau der Kita An der Blutfinke
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.06.2010 -
Vorlage: VO/0579/10**

Herr Hornung bittet die Verwaltung um Auskunft, warum ein Schaden von 50 000 €, der zu Lasten des Bauunternehmers gegangen sei, zu einer Verzögerung von mehr als einem Jahr geführt habe. Eine kurze Auflistung der zeitlichen Abläufe wäre ausreichend.

Ansonsten wird die Antwort der Verwaltung ohne Beschluss entgegengenommen.

4 Haushaltsangelegenheiten

4.1 Haushaltsplanentwurf 2010/2011 - Bezirksbezogene Ansätze -

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 06.07.2010:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf nimmt die bezirksbezogenen Haushaltsansätze im Haushaltsplanentwurf 2010/2011 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (1 Enthaltung der WfW).

**4.2 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2014 - Teil II
Vorlage: VO/0463/10**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 06.07.2010 zu Ziff.13.2 der
Vorlage VO/0463/10:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf fordert den Rat der Stadt Wuppertal auf, die in der weiteren Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehene Maßnahme 13.2 „Schaffung einer Leistungseinheit Bürgerservice“ wegen ihrer finanziell mehr als fraglichen Wirksamkeit und der kontraproduktiven Wirkung als vermeintlich neues bürgernahes Serviceinstrument ersatzlos zu streichen und politischen Schaden für die Kommune Wuppertal beim Bürger abzuwenden.

Die Bezirksvertretung Ronsdorf stellt fest, dass sowohl die ursprünglich vorgesehene Streichung der stadtteilnahen Bezirksverwaltungsstellen, wie auch die jetzt geplante Einschränkung der Öffnungszeiten einen Rückschritt für den effizienten bürgernahen Verwaltungsservice darstellt, der nur bei einer daraus folgenden klaren Verringerung des Wuppertaler Haushaltsdefizits vermittelbar wäre. Diesen Nachweis bleibt die Vorlage schuldig.

Es ist jedoch offensichtlich, dass bei gleichbleibendem Bearbeitungsumfang allein durch Einschränkung der Öffnungszeiten und den Verweis auf andere Ansprechstellen in Wuppertal keine Kostenminderung erzielt werden kann.

Vielmehr muss eine haushaltswirksame Umsetzung des neuen „Bürgerservice“ eine deutliche Einschränkung des Angebots und des Personaleinsatzes realisieren. Ein solches Vorgehen wird in der Antwort der Verwaltung vom 25.06.2010 auf den Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 15.06.2010 bereits klar angedeutet.

Das heißt, die Einführung der neuen „Leistungseinheit Bürgerservice“ in der Stadt Wuppertal führt für den Bürger neben einer schlechteren Erreichbarkeit unweigerlich zu einschneidenden Serviceeinschränkungen, längeren Wartezeiten und längeren Bearbeitungszeiten und erhöht die Belastung des städtischen Personals.

In Ronsdorf kommt hinzu, dass langfristige Mietverpflichtungen der Stadt im jetzt genutzten Gebäude Marktstr. 21 jeden Kostenvorteil weiter mindern und bei eventuell länger leer stehenden Räumlichkeiten die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme noch mehr in Zweifel ziehen.

Die Stadt Wuppertal begibt sich hier zum wiederholten Mal auf den Weg, gravierenden haushaltsstrukturellen Problemen mit verwaltungstechnischen Schein- und Kleinstlösungen zu Lasten ihrer Bürger zu begegnen.

Die Bezirksvertretung Ronsdorf appelliert an die Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal, angesichts der negativen politischen Wirkung dieser Maßnahme diese nicht lediglich im Zuge einer banalen Information über Geschäfte der laufenden Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen, sondern die gebotene Abwägung zwischen vernünftiger Defizitminderung und bürgernahe kommunaler Selbstverwaltung vorzunehmen und verantwortlich im Rat der Stadt Wuppertal anders zu entscheiden.

Zur Optimierung von Auslastung und Angebotsstruktur der Leistungseinheit „Bürgerservice in Ronsdorf“ beschließt die Bezirksvertretung Ronsdorf folgendes:

Zum heutigen Bürgerservice gehören Räumlichkeiten, die in der Woche nur 2mal benutzt werden, und dies nur stundenweise.

Die Serviceleistung des BSD und der Jugendgerichtshilfe, die in den beiden freien Räumen angeboten wird, könnte im Sitzungszimmer der Bezirksvertretung erbracht werden.

Die beiden freien Räume könnten dann durch andere städtische Mitarbeiter genutzt werden. In Ronsdorf könnten die gleichen Arbeiten durchgeführt werden, wie in der Leistungseinheit Steinweg, somit hätte man am Steinweg Büroräume und die dazugehörige Technik gespart.

Durch diese Umstellung bliebe der Verwaltungsservice im Stadtbezirk Ronsdorf erhalten. Die Stadt Wuppertal hätte die doppelten Arbeitsplatzkosten, Miete, PC usw. gespart und die Verpflichtung gem. der Gemeindeordnung des Landes NRW eingehalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 06.07.2010 zu VO/0463/10(ohne Ziff.13.2):

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Zur weiteren Umsetzung des HSK 2010 – 2014 werden folgende Maßnahmen beschlossen:

- 3.2.6 Bergische VHS – Zuschussreduzierung
- 4.2 Erhöhung Hundesteuer
- 4.3 Erhöhung Vergnügungssteuer
- 5.3 u. 6.1 Maßnahmen im Jugend- und Sozialbereich
- 9.4 Prüfung einer Betreiberlösung für das Stadion
- 10.6 Reduzierung der Anzahl der Geschäftsbereiche
- 13.6 Weiterentwicklung des Regionalbüros
- 13.15 Stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

Abstimmungsergebnis:

ABLEHNUNG (Stimmgleichheit bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der WFW).

4.2.1 HSK-Sparmaßnahmen: Sicherung der bürgernahen Verwaltungsleistung in Ronsdorf
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.06.2010 -
Vorlage: VO/0578/10

Erledigt durch Beschluss zu VO/0463/10-Ziff.13.2.

4.2.2 - Antrag der SPD-Fraktion vom 29.06.2010 -
Vorlage: VO/0596/10

Erledigt durch Beschluss zu VO/0463/10-Ziff.13.2.

4.3 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes in der städt. Kinder- und Jugendarbeit in 2010
Vorlage: VO/0537/10

Herr Hohagen erklärt, auch wenn die vorliegende Drucksache aus Ronsdorfer Sicht vorläufig Entwarnung gebe, stelle sie nur ein Beispiel dafür dar, in welchem Bereich sich jedwede Kürzung im Personalbereich verbieten sollte. Ähnliches passiere im Gesundheitsbereich, wo Pflichtleistungen wie Untersuchungen aufgrund der Nichtwiederbesetzung von Stellen nicht erbracht würden. In diesen Bereichen vermeintliche Haushaltskonsolidierung zu betreiben, in dem man an ganz wesentliche Hilfesysteme wie Jugendhilfe, Sozialarbeit und Gesundheitswesen „die Axt anlegt“, sei völlig unzumutbar. Es gebe Bereiche in der öffentlichen Daseinsvorsorge, in der Sparmaßnahmen ebenfalls wehtäten, weil Angebote zurückgefahren werden müssten. Im Jugend- und auch im Gesundheitsbereich gehe es aber um lebensnotwendige Maßnahmen für Menschen, die auf Hilfen angewiesen seien. Auch wenn die vorliegende Drucksache nur zur Kenntnis zu nehmen sei, lege er Wert darauf, im Protokoll festzuhalten, dass DIE GRÜNEN die beabsichtigten Maßnahmen für falsch hielten.

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

5 Lärmbelästigung in der Straße Am Kraftwerk
Sachstandsbericht der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion

Frau Rode kritisiert „in scharfer Weise“, dass sich die Verwaltung auch zur heutigen Sitzung nicht in der Lage gesehen habe, die Anfrage der SPD-Fraktion zu beantworten. Sie beantragt, den TOP erneut auf die Tagesordnung für die Septembersitzung aufzunehmen.

Herr Walde wird sich der Angelegenheit anzunehmen.

6 **Parken am städt. Kinderspielplatz Schenkstraße**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2010 -
Vorlage: VO/0580/10

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 06.07.2010:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet die Stadtverwaltung um Vorschläge, wie das Parken auf den Bürgersteigen, die an den Kinderspielplatz Schenkstraße grenzen (Schenkstraße und An den Friedhöfen – Details siehe rote Markierung im Anhang) vermieden werden kann. Diese Vorschläge sollten ggf. bei einem Ortstermin erläutert und besprochen werden, der zu den Spitzenzeiten zwischen 15 und 18 Uhr stattfinden sollte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

7 **Sperrung des Tannenbaumer Weges für den LKW-Verkehr**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2010 -
Vorlage: VO/0581/10

Frau Rode nimmt zur Kenntnis, dass der Tannenbaumer Weg nach Auffassung der Verwaltung aus rechtlichen Gründen nicht für LKW gesperrt werden könne. Sie wundere sich, warum man in den letzten Jahren auf den Ausbau der Dreherstraße auf Remscheider Stadtgebiet gedrängt habe, wenn der Tannenbaumer Weg aufgrund seiner Bedeutung sowieso offen gehalten werden müsse.

Der Bezirksbürgermeister schlägt vor, dieses Thema in der Septembersitzung mit Vertretern der Verwaltung zu diskutieren.

Herr Walde erklärt, dass Straßen NRW zugesagt habe, bis Ende Juli durch den Austausch der Beschilderung die überörtliche Verkehrslenkung zu verbessern. Ferner sei durch entsprechende Abpfostung an den engsten Stellen im Tannenbaumer Weg die Verkehrssicherheit erhöht worden. Der Tannenbaumer Weg sei nach wie vor eine Straße von überörtlicher Bedeutung, aber selbst wenn die Umwidmung in eine Gemeindestraße erfolgt sei, lägen die Gründe für eine straßenverkehrliche Beschränkung nicht vor. Er befürworte den Vorschlag von Herrn Nägelkrämer, die Angelegenheit in der Septembersitzung zu behandeln.

Die weitere Behandlung dieser TOPs wird auf die Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf am 07.09.2010 vertagt.

8 **Fußweg "Am Grünen Streifen", Instandsetzung des Anschlußbereiches zur Boxbergstr.**
Vorlage: VO/0407/10

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 06.07.2010:

Die Erneuerung wird zu geschätzten Gesamtbaukosten in Höhe von 22.500,-€ beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

9 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Hornung bittet darum, ihm das Ergebnis der Verkehrszählung auf der L 419/Parkstraße mitzuteilen, die in den letzten Wochen stattgefunden habe. Ferner sei er an Zahlen interessiert, die in der Vergangenheit vor der Öffnung des Burgholztunnels erhoben worden seien. Herr Walde wird sich darum kümmern.

Der Bezirksbürgermeister bittet die Verwaltung zu prüfen, ob im Stadtbezirk Ronsdorf ab dem Jahr 2011 mit der Logistik und der beratenden Unterstützung von Verwaltungseinheiten ein Ronsdorfer Umwelttag eingerichtet werden könne (Einzelheiten sind der Anlage zur Niederschrift zu entnehmen).

Frau Rode bittet um Beantwortung der Frage in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf am 07.09.2010, welche finanziellen Auswirkungen der Ausbau sowohl der Kanalisation als auch der Ausbau der Straßen Rädchen und Echoer Straße auf die Anwohner haben werde.

Der Bezirksbürgermeister stellt die Frage an die Verwaltung, ob es ihr möglich sei, nach Beendigung der public-viewing-Veranstaltungen die Rasenfläche des Bandwirkerplatzes zu wässern.

Lothar Nägelkrämer
Bezirksbürgermeister

Gudrun Limberg
Schriftführerin